

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/4053**

Finanzministerium
des Landes
Schleswig-Holstein



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretär

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 6. März 2009

Antwort der Landesregierung zu den Fragen der SPD-Fraktion zum Nachtragshaushaltsentwurf 2009/2010 (Umdruck 16/4050)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen die Antworten der Landesregierung zu den in o. g. Umdruck gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2009/2010.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Arne Wulff

Fragen der

	CDU
x	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Nachtragshaushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	03
Seite:	3
Kapitel:	06
Titel:	893 06
Zweckbestimmung:	Zuwendungen an das Freilichtmuseum Molfsee

Ansatz Soll HH 2009:	278,0
Ansatz Soll NTE 2009:	478,0
Ansatz Soll HH 2010:	278,0
Ansatz Soll NTE 2010:	78,0

Frage/Sachverhalt:

Frage 1:

Ein Teilbetrag der für 2010 vorgesehenen Zuwendung wird auf 2009 vorgezogen. In wie weit kann sichergestellt werden, dass der Betrag ausreicht, um die konkreten Probleme so nachhaltig zu lösen, dass der dann reduzierte Betrag im Jahr 2010 ausreicht? Gibt es hierfür ein konkretes Konzept?

Antwort der Landesregierung:

Der Betrag wird in jedem Fall benötigt, um eine drohende Insolvenz des Trägervereins im Laufe des März abzuwehren, welche eine sofortige Schließung des Museums zur Konsequenz hätte. Der Trägerverein ist a. um eine umfassende Wirtschaftsprüfung gebeten worden (erfolgt z.Zt.) und b. um die Erarbeitung und Vorlage eines tragfähigen Konzepts für den Kulturwirtschaftsbetrieb Freilichtmuseum Molfsee. Diese Arbeit soll so rasch wie möglich begonnen werden. Notwendige Investitionen mit Hilfe des Investitionsprogramms Kulturelles Erbe für entsprechend attraktivere Museumsangebote und damit größere Besuchernachfrage werden ebenfalls vom Trägerverein für eine möglichst rasche Umsetzung geplant. Die Gesamtsituation kann nur auf den genannten Grundlagen abschließend beurteilt werden. Eine Verpflichtung des Landes gegenüber dem Freilichtmuseum besteht auf der Grundlage des sog. Dreiervertrages zusammen mit der Stadt Kiel. Stadt und Land sind sich über die Bedeutung des Freilichtmuseums Molfsee einig.

Fragen der

	CDU
x	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Nachtragshaushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	8
Kapitel:	10
Titel:	518 99
Zweckbestimmung:	Leasingraten für Dienstkraftfahrzeuge

Ansatz Soll HH 2009:	3950
Ansatz Soll NTE 2009:	3515,8
Ansatz Soll HH 2010:	4293,9
Ansatz Soll NTE 2010:	1396,7

Frage/Sachverhalt:

Frage 2:

Leasing soll reduziert, dafür der Erwerb von Dienstfahrzeugen wieder erhöht werden. Welche Wirtschaftlichkeitsberechnungen liegen dem zu Grunde und in welche Faktoren führen dazu, dass die Wirtschaftlichkeit nun anders beurteilt wird als zu Beginn der Einführung von Leasing bei Polizeifahrzeugen?

Antwort der Landesregierung:

Die GMSH hat für die Polizei eine europaweite Ausschreibung über die Lieferung von Streifenwagen und Einsatzfahrzeugen durchgeführt. Die Hersteller waren aufgefordert, Angebote unter Berücksichtigung von Kauf- und Leasingkonditionen abzugeben. Entscheidungskriterien für die Auftragserteilung waren die Kosten (50 %), der Fahrzeugtest (20 %), die technische Bewertung (20 %), das Händlernetz (5 %) und die Funkausstattung (5 %), wobei die Kosten mit der Annuitätenmethode* bewertet wurden. Die vom LPA vorgelegte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung hat ergeben, dass der Kauf der Fahrzeuge wirtschaftlicher ist und damit dem Leasing vorzuziehen. Hauptursache waren die um bis zu fast 80 v. H. erhöhten Leasingkosten im Vergleich zur letzten Ausschreibung im Jahr 2005.

* Diese dynamische Berechnungsmethode, die auf der Kapitalwertmethode basiert, berücksichtigt die unterschiedlichen Zeitpunkte der Ein- und Auszahlungen der Alternativen. Alle künftigen Zahlungen werden auf das aktuelle Jahr hin abgezinst (Barwerte) und damit als Kapitalwert (Summe der Barwerte) vergleichbar gemacht. Der Kapitalwert liefert so den heutigen Wert der künftigen Ein- und Auszahlungen. Die Kapitalwerte verschiedener Finanzierungsalternativen sind aber nur bei identischen Laufzeiten unmittelbar vergleichbar. Insbesondere die unterschiedlichen Laufzeiten der Leasingverträge machen für eine Vergleichbarkeit eine Berechnung von betragsgleichen Jahreszahlungen (Annuitäten) aus den Kapitalwerten erforderlich. Das Angebot mit der betragsmäßig niedrigsten Annuität ist vor dem Hintergrund der Kosten am vorteilhaftesten und erhält das Maximum von 50%-Punkten. Allen anderen Angeboten werden Punkte in Relation zum besten Angebot zugeordnet.

Fragen der

	CDU
x	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Nachtragshaushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	05
Seite:	10
Kapitel:	01
Titel:	422 01
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Ansatz Soll HH 2009:	1276,4
Ansatz Soll NTE 2009:	1428,4
Ansatz Soll HH 2010:	1070,8
Ansatz Soll NTE 2010:	1222,8

Frage/Sachverhalt:

Frage 3:

Es werden drei neue Stellen für zentrale Steuerung und Controlling der Umsetzung des Zukunftsinvestitionsprogramms in Schleswig-Holstein eingerichtet. Bedeutet das, dass das Finanzministerium die Möglichkeit, Stellen in der Landesverwaltung einzusparen, als erschöpft beurteilt?

Antwort der Landesregierung:

Nein, im vorliegenden Fall müssen kurzfristig bis zu drei zusätzliche Kräfte für einen begrenzten Zeitraum für zusätzliche Aufgaben insbesondere zur Erfüllung kurzfristiger Berichtspflichten gegenüber dem Bund eingesetzt werden. Die Stellen sind mit kw-Vermerken versehen (s. S. 53 Nachtragshaushaltsentwurf)

Inwieweit hierfür an anderer Stelle der Landesregierung entbehrliche Kräfte gewonnen werden können, wird im Rahmen der landesinternen Ausschreibung geprüft.

Das FM bleibt bei seiner grundsätzlichen Auffassung, dass zur Konsolidierung des Landeshaushalts ein weiterer Personal- und Stellenabbau erforderlich ist.